

Rechte Politik ist niemals antimilitaristisch.

⚠ Wenn Chrupalla & Co für ein Ende der Sanktionspolitik gegen Russland trommeln, dann auch, weil es einen Teil der deutschen Wirtschaft gibt, der Interesse am Geschäft mit Russland und Bedarf an günstiger Energie hat.

⚠ Wenn die ‚AfD‘ gegen Waffenlieferungen mobil macht, dann nicht aus ehrlichem Interesse, sondern um von der weit verbreiteten und berechtigten Stimmung gegen eine deutsche Kriegsbeteiligung zu profitieren und so weiteren Raum für die Verbreitung ihrer reaktionären Ideologie zu erhalten.

**Darauf sollte niemand hereinfallen.
Die AfD ist keine Friedenspartei.**

Antifaschistische Aktion Süd | www.antifa-sued.org

Informationen zur Arbeit gegen Rechts | www.antifa-info.net

Hintergründe zum Krieg in der Ukraine bei der Informationsstelle Militarisation | www.imi-online.de/regionen/ukraine/



**ANTIFASCHISTISCHE
AKTION SÜD**



„Sicherheit“, „Waffenlieferungen“, „Aufrüstung“! – Zeitung, Internet und Radio sind voll mit Kriegsgeschrei, kaum eine Nachrichtensendung vergeht ohne einen Lagebericht von „der Front“. In Windeseile hat sich in Deutschland eine „neue Normalität“ breit gemacht: Krieg und Sterben sind Alltag, Solidarität heißt den Gürtel enger schnallen, Waffen bringen Frieden.

Das ist falsch.

- ⚠ Den eskalierenden Krieg in der Ukraine nimmt die Ampelregierung zum Anlass, das größte Aufrüstungspaket seit dem Bestehen der Bundesrepublik zu schnüren.
- ⚠ Die verbale Aufrüstung in den Medien ist die nötige Begleitmusik, um die Kriegspolitik zu rechtfertigen.
- ⚠ 100 Milliarden sind eine schier unvorstellbare Summe. Doch die „Zeitenwende-Rede“ von Olaf Scholz ist erst der Anfang, weiteres Geld wird folgen.

- ❗ Geld, das an anderer Stelle – zum Beispiel in KITAS oder Krankenhäusern – dringend gebraucht wird. Geld, das aus den Taschen der einfachen Steuerzahler:innen kommt.

Neben den Kosten für neues Kriegsgeschütz führen die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland zu stark gestiegenen Heiz- und Benzinpreisen, die Lebensmittelpreise steigen seit über einem Jahr. Das Leben wird durch die Inflation mehr und mehr unbezahlbar.

Die Ampel sagt, das alles sei ein notwendiges Übel und diene – genauso wie die Waffenlieferungen – der Solidarität mit den Menschen in der Ukraine.

Das ist falsch.

- ❗ In diesem Krieg gibt es kein „Gut“ und kein „Böse“. Es gibt zwei konkurrierende wirtschaftliche und militärische Blöcke, und es gibt die Bevölkerung zweier Länder, die unter dem Krieg leidet und in den Schützengräben für die Interessen der Herrschenden stirbt.
- ❗ Solidarisch mit den Menschen in der Ukraine zu sein, heißt, sich hier in der BRD mit aller Kraft für ein Ende des Sterbens einzusetzen. Und es heißt, die Gründe und Verantwortlichen des Sterbens zu benennen.

Ein altes Sprichwort sagt sinngemäß: „Im Krieg stirbt als Erstes die Wahrheit“.

Der Kreml begründet gegenüber der eigenen Bevölkerung seinen Einmarsch in die Ukraine mit vorgeschobenen Nazivorwürfen und nationalistischen Ideen eines „Großrussland“. Währenddessen zeichnen die westlichen Medien das Bild eines wehrlosen Landes, das von der „russischen Bestie“ überfallen wurde.

Der „Westen“ sei an der Sache unbeteiligt gewesen, müsse jetzt aber helfen.

Beide Seiten verschleiern damit die eigentlichen Ursachen.

- ❗ Moderne Kriege werden vornehmlich aus wirtschaftlichen Interessen und geopolitischen Gründen geführt – nicht wegen der Machtfantasien einzelner Personen oder gar wegen Menschenrechten. Es geht immer um Zugang zu Rohstoffen, Absatzmärkten und um die militärische Kontrolle von Handelswegen und strategisch wichtigen Regionen.

Das ist auch in der Ukraine der Fall. Der dortige Krieg ist die Eskalation eines lange schwelenden Konfliktes zwischen dem russischen Staat und der NATO um die wirtschaftliche und militärische Vorherrschaft in Osteuropa.

Ohne Zweifel hat Russland mit dem Einmarsch im Februar 2022 den seit acht Jahren in der Ost-Ukraine laufenden Bürgerkrieg eskaliert und auf das gesamte Staatsgebiet ausgeweitet. Bereits über 100.000 Tote und über sieben Millionen Menschen auf der Flucht sind die Folge. Aber: Das Mitmischen der NATO in diesem Krieg – durch Ausbildung von Soldaten, Logistik, Information und Waffenlieferungen – ist eben kein Akt von Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung, auch wenn es die Vertreter:innen ihrer Mitgliedstaaten gerne so darstellen.

Die NATO will durch einen möglichst lang andauernden Krieg ihren geopolitischen Konkurrenten zermürben. Den Preis bezahlen die ukrainischen Soldaten in den Schützengräben.

Auch die Bundesrepublik ist in diesem Konflikt längst Kriegspartei. Durch Waffenlieferungen und Sanktionen.

Und auch Baerbock und Co geht es dabei nur vordergründig um Demokratie und Menschenrechte. Es sind deutsche Wirtschaftsinteressen und der Wunsch nach mehr Einfluss in der Welt, der die Au-

ßenpolitik leitet. Das war in Jugoslawien so, das war in Afghanistan so und das ist auch in der Ukraine der Fall.

- ❗ Waffenlieferungen sind also keine Hilfe zur Selbsthilfe, sondern die logische Fortführung deutscher Großmachtambitionen.

Auch deswegen:

Dieser Krieg muss beendet werden!

Es ist das Gebot der Stunde, gegen diesen Krieg, gegen die deutsche Aufrüstung und gegen Waffenlieferungen hier in Deutschland auf die Straße zu gehen.

Es ist falsch, das gemeinsam mit der „AfD“ oder anderen Rechten zu tun. Denn:

Die ‚AfD‘ ist keine Friedenspartei!

Zwar sind die Rechtspopulist:innen aktuell die einzige im Bundestag vertretene Partei, die gegen Waffenlieferungen und Wirtschaftssanktionen stimmt, deswegen aber davon auszugehen, dass die „AfD“ grundsätzlich ein Problem mit Krieg und Aufrüstung hätte, wäre falsch.

- ❗ Ihr Verhalten ist rein taktischer Natur. Als „Fundamentalopposition“ ist sie auf Stimmenfang. Kurz gesagt: Wäre die Regierung gegen Waffenlieferungen, wäre die ‚AfD‘ eben dafür.
- ❗ Diese Position wäre im Übrigen viel ehrlicher. Denn, das ‚AfD‘-Parteiprogramm und das bisherige Abstimmungsverhalten in Parlamenten charakterisiert die ‚AfD‘ als Kriegs- und Aufrüstungspartei:

→ Mit **höheren NATO-Mitgliedsbeiträgen** will die AfD den deutschen Einfluss auf das Militärbündnis vergrößern. Das Geld dafür soll zum Beispiel aus dem schon jetzt massiv unterfinanzierten sozialen Bereich kommen.

→ Entgegen ihrer Selbstinszenierung als Friedenspartei will die ‚AfD‘ den **Wehr- bzw. Kriegsdienst** in Deutschland wieder einführen.

→ Auf der Wunschliste der Partei stehen **Kampfdrohnen und Atomwaffen** für das deutsche Militär.

‘Cause it’s a Rich Man’s War but a Poor Man’s Fight

Das gilt derzeit vor allem für die ukrainische und russische arbeitende Bevölkerung. Sie sind die Leidtragenden.

Doch auch in Deutschland werden die Kriegskosten konsequent nach unten abgewälzt. Während Rheinmetall & Co am Krieg Unsummen verdienen, wird die Aufrüstung der Bundeswehr aus öffentlicher Hand gezahlt. Kurz gesagt:

❗ Im Krieg tritt der Klassenunterschied in allen beteiligten Ländern zutage. Aber nach Ansicht der Rechten gibt es keinen Widerspruch zwischen der arbeitenden Mehrheit und den wenigen Profiteuren, keinen Klassenkampf, sondern ein „wir Deutsche gegen den Rest der Welt“.

❗ Eine Partei wie die „AfD“ trägt den Krieg in der DNA und kann niemals verlässlich für den Frieden stehen.